

Religionen für die Demokratie verlangen Direktwahlen jetzt!

Schweigen, sich neutral verhalten und nicht reflektieren sind keine Optionen für gläubige Menschen, vor allem wenn das Leben der Armen auf dem Spiel steht und angegriffen wird. Die kritische Situation in Brasilien verlangt Ernst und Ausgewogenheit, um der brasilienischen Gesellschaft die Möglichkeit zu geben ihre politische Würde wieder zu erlangen. Das ist ein legitimer Weg um Bürgerrechte, die Teilnahme am Kampf um dieselben und die Bestätigung dieser Rechte zu bekräftigen. Das tägliche politische Tun, das die Konflikte in Machtverhältnissen und die Ungleichheit anspricht ist ein sicherer Weg um die Ethik im politischen Geschehen wieder herzustellen. Manipulationen und Verdrehungen, die die Interessen der Oligarchien und des Finanzsektors bedienen sind nicht zulässig. Politisches Tun ist nicht gleich Korruption. Politisches Agieren bedeutet nicht Verrat. Politisches Handeln heisst über das Leben reden und ist vor allem Teilnahme am Geschehen.

Seit langem wurde in Brasilien eine Krise der Institutionen erzeugt. Diese Situation wurde durch die Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rouseff noch verschärft. Es ist deshalb dringend notwendig, die Funktion und die Wichtigkeit der politischen Institutionen wieder herzustellen, denn sie dürfen nicht den Interessen von Gewinn und Macht untergeordnet werden. Die Institutionen müssen das Funktionieren der Instanzen garantieren, damit das Recht auf Grund und Boden (Agrarreform), das uneingeschränkte Recht auf Gesundheit und Bildung, eine angemessene Rente und Arbeitsrechte gewährleistet werden. Deshalb müssen, nach unserem Verständnis, folgende Anträge zur Verfassungsänderung mit sofortiger Wirkung zurückgenommen werden: Investitionen im Sozialbereich einfrieren für die nächsten 20 Jahre eingefroren, d.h. keine finanziellen Investitionen in den nächsten Jahren. Auslagerung der Arbeitskräfte aller Arbeitssektoren, ob privater und öffentlicher Natur. Arbeitsrechtsreform, die die Arbeitnehmer in direkte Verhandlung mit dem Arbeitgeber stellen, ohne Rückhalt von Gewerkschaften, d.h. dem Willen und der Macht der Arbeitgeber ausgeliefert. Anullierung der Rente, durch drastische Erhöhung des Rentenalters.

Diese Anträge können nicht akzeptiert werden, denn sie wurden autoritär und ohne gesellschaftliche Beteiligung und Diskussion durchgesetzt. Wir bekräftigen deshalb, dass unser Platz an der Seite der Menschen ist, die durch diese Reformen und diese Anträge unmittelbar betroffen sind und deren Menschenrechte auf dem Spiel stehen. Die Beweise, die am 17. Mai 2017 an die Öffentlichkeit drangen und die nicht durch Anzeigen entstanden sind, zeigen deutlich, dass diese nicht gewählte Regierung keine politische Autorität, Ethik und Moral besitzt, um Auswege aus der Sozial-, Wirtschaft- und Umweltkrise zu finden.

Wir alle, Frauen und Männer, sind dazu aufgerufen unsere Verantwortung wahrzunehmen. Jetzt ist der Moment in dem unser Einsatz gefordert wird. Wir müssen uns nicht nur an der Reflexion über die Situation beteiligen, sondern auch in anderen Bereichen aktiv werden. Deshalb müssen wir uns in den Institutionen und selbst in Kirchengruppen einbringen, damit wir dadurch den demokratischen Weg mit Einkommensverteilung, Besteuerung der grossen Vermögen, mit einem Staat, der für das Wohl aller sorgt und die Trennung vom Religion und Staat achtet, wieder einschlagen.

Wir publizieren und bekräftigen folgende Vereinbarungen:

- Direktwahlen 2017 im Sinne von allgemeinen Wahlen, damit es nicht zu Absprachen kommen kann, die die Mehrheit der Bevölkerung von Entscheidungen für die Zukunft aller ausschliesst.
- Die ausdrückliche Aufgabe eines jeden gewählten/einer jeden gewählten Präsidenten/in ist es, die gemachten Reformen und die, die schon im Vollzug sind, einem Volksentscheid zu unterziehen, da sie ohne jegliche öffentliche Beteiligung, ohne jegliche Legitimität beschlossen wurden.
- Forderung an jeden gewählten/an jede gewählte Regierenden/Regierende in der Wahl 2018, dass er/sie mit öffentlichen, politischen Mitteln für eine autonome, nationale und verfassungsgebende Versammlung des Abgeordnetenhauses eintritt. Nur so ist es möglich die Gegenwart mit der Zukunft zu verbinden und durch eine politische Strukturveränderung eine autentische Vertretung der Bevölkerung zu erreichen.
- Darauf hinzuweisen, dass Abgeordnete im Namen des Glaubens sich dazu bereit fanden, die fundamentalistische und kapitalistische Grundlage der illegalen Regierung zu bilden und sie dadurch grausame Entscheidungen gegen die Bevölkerung mitgetragen haben.

Für Menschenwürde! Für die Reform des politischen Systems! Für die Demokratie!
Durch den Glauben verpflichtet! Direktwahlen jetzt!